



# Investitionsbeiträge für Klein- und Grosswasserkraftanlagen

## Faktenblatt

Version 4.5 vom 11. Dezember 2025

---

### 1. Ausgangslage und Ziel

Das eidgenössische Parlament hat mit der Schlussabstimmung vom 30. September 2016 die Gesetzesänderungen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 (ES2050) des Bundesrates verabschiedet. Die Schweizer Bevölkerung hat dem Gesetzespaket in der Referendumsabstimmung vom 21. Mai 2017 zugestimmt. Das erste Massnahmenpaket der ES2050 enthielt neue Förderinstrumente für die Schweizer Wasserkraft, einschliesslich Investitionsbeiträge für Wasserkraftanlagen.

Das Parlament hat am 1. Oktober 2021 die Förderbestimmungen des Energiegesetzes im Rahmen der parlamentarischen Initiative 19.443 „Erneuerbare Energien einheitlich fördern: Einmalvergütung auch für Biogas, Kleinwasserkraft, Wind und Geothermie“ revidiert. Diese Bestimmungen traten – zusammen mit der entsprechend revidierten Energieförderungsverordnung – am 1. Januar 2023 in Kraft.

Massgebende Gesetzgebung:

- Energiegesetz vom 30. September 2016 ([EnG; SR 730.0](#))
- Energieförderungsverordnung vom 1. November 2017 ([EnFV; SR 730.03](#))

Das vorliegende Faktenblatt hat zum Ziel, mögliche Fragen von Betreibenden und Projektverantwortlichen zu beantworten.

### 2. FAQ

#### 2.1 Für welche Wasserkraftanlagen können Investitionsbeiträge gemäss Artikel 26 EnG beantragt werden?

##### 2.1.1 Grosswasserkraft

Betreibende von Grosswasserkraftanlagen können sowohl für Neuanlagen als auch für erhebliche Erweiterungen oder Erneuerungen von bestehenden Anlagen mit einer Leistung von mehr als 10 MW<sub>br</sub> (mittlere mechanische Bruttoleistung) einen Investitionsbeitrag in Anspruch nehmen.

##### 2.1.2 Kleinwasserkraft

Betreibende von Kleinwasserkraftanlagen können für Neuanlagen mit einer Leistung von mindestens 1 MW<sub>br</sub> und maximal 10 MW<sub>br</sub> (mittlere mechanische Bruttoleistung) sowie für erhebliche Erweiterungen oder Erneuerungen von bestehenden Anlagen mit einer Leistung von mindestens 300 kW<sub>br</sub> und maximal 10 MW<sub>br</sub> einen Investitionsbeitrag in Anspruch nehmen.



Ausgenommen von der Untergrenze von 300 kW<sub>br</sub> (resp. 1 MW<sub>br</sub> bei Neuanlagen) und damit berechtigt einen Investitionsbeitrag in Anspruch zu nehmen sind Nebennutzungsanlagen (z.B. Wasserkraftanlagen verbunden mit Trinkwasserversorgungs-, Abwasseranlagen oder mit Beschneigungsanlagen), Doltierkraftwerke sowie selbstständig betreibbare Anlagen an künstlich geschaffenen Hochwasserentlastungskanälen, Industriekanälen und bestehenden Ausleit- und Unterwasserkanälen, sofern keine neuen Eingriffe in natürliche oder ökologisch wertvolle Gewässer bewirkt werden.

## **2.2 Wann ist eine Erweiterung oder Erneuerung erheblich?**

Erweiterungen gelten als erheblich, wenn sie durch die Vornahme baulicher Massnahmen einen der in Art. 30b<sup>bis</sup> Abs. 1 EnFV festgelegten Schwellenwerte (Kriterien) erreichen.

Erhebliche Erneuerungen müssen dagegen beide in Art. 30b<sup>bis</sup> Abs. 2 EnFV genannten Kriterien (Buchstabe a und b) erfüllen. Als Hauptkomponente einer Anlage (Bst. a) zählt nebst den in der Verordnung genannten Beispielen auch der Transformator. Nicht als Hauptkomponente gilt die Leittechnik. Somit stellt der Ersatz der Leittechnik alleine keine erhebliche Erneuerung dar.

## **2.3 Wie wird die anspruchsberechtigte Wasserkraftanlage bei zusammenhängenden Anlagen (z.B. Anlagenkomplexen) abgegrenzt?**

Der Investitionsbeitrag kann für eine Wasserkraftanlage beantragt werden, welche selbstständig betreibbar ist. Anlagen, die sich eine Hauptkomponente (z.B. Wasserfassung, Speicher, Treibwasserweg, usw.) teilen, sind in der Regel nicht selbstständig betreibbar. Auch nacheinander folgende Anlagen an einem Kanal gelten als nicht selbstständig betreibbar, wenn der Betrieb einer Anlage einen wesentlichen Einfluss auf den Betrieb der weiteren Anlage(n) ausübt (z.B. Ausser-Betrieb-Stellung, Drosselung der Wassermenge, usw.).

Ferner gelten von Gesetzes wegen die von der Untergrenze von 300 kW<sub>br</sub> (resp. 1 MW<sub>br</sub> bei Neuanlagen) ausgenommenen Anlagen als selbstständig betreibbar (siehe Ziff. 2.1.2).

Fragen im Zusammenhang mit der Anlagenabgrenzung können vor Einreichung des Gesuchs an das BFE gestellt werden.

## **2.4 Wie hoch ist der Investitionsbeitrag?**

Der Investitionsbeitrag entspricht grundsätzlich:

- 50 % der anrechenbaren Investitionskosten für eine Neuanlage oder eine erhebliche Erweiterung gemäss Art. 48 Abs. 1 EnFV.
- 60 % der anrechenbaren Investitionskosten für eine Neuanlage oder eine erhebliche Erweiterung die zu einer zusätzlichen Winterproduktion gemäss Art. 48 Abs. 2 Bst. a i.V.m. Art. 30b<sup>bis</sup> Abs. 1 Bst. a–c und e EnFV oder zu einer zusätzlichen Speicherkapazität gemäss Art. 48 Abs. 2 Bst. b i.V.m. Art. 30b<sup>bis</sup> Abs. 1 Bst. d EnFV führen.
- 40 % der anrechenbaren Investitionskosten für eine erhebliche Erneuerung einer Anlage mit einer Leistung von unter 1 MW<sub>br</sub> gemäss Art. 48 Abs. 3 Bst. a EnFV.
- 20 % der anrechenbaren Investitionskosten für eine erhebliche Erneuerung einer Anlage mit einer Leistung von mehr als 10 MW<sub>br</sub> gemäss Art. 48 Abs. 3 Bst. b EnFV.
- zwischen 40 % und 20 % der anrechenbaren Investitionskosten (linear interpoliert) für eine erhebliche Erneuerung einer Anlage mit einer Leistung von 1 bis 10 MW<sub>br</sub> gemäss Art. 48 Abs. 4 EnFV.

Die Ansätze von 50 % für neue und erweiterte Anlagen und von 40 % für erneuerte Anlagen gelten auch für Anlagen unter 300 kW<sub>br</sub> (siehe Ziff. 2.1.2).



## 2.5 Kann der Investitionsbeitrag gekürzt werden?

### 2.5.1 Reduktion des Investitionsbeitrags aufgrund kurzer Konzessionsrestdauer

Der Investitionsbeitrags wird gemäss Art. 61 Abs. 4 EnFV gekürzt, wenn die Konzessionsrestdauer ab Inbetriebnahme der Anlage kleiner ist als die mittlere investitionsgewichtete Nutzungsdauer.

Beispiel:

Anlage- teil	Investitionskosten IK	Nutzungsdauer ND	Produkt IK x ND	Mittlere investitions- gewichtete Nutzungsdauer
Pos. 1	20 Mio. Franken	20 Jahre	400	$\frac{\Sigma \text{Produkt IK x ND}}{\text{Total IK}}$
Pos. 2	30 Mio. Franken	40 Jahre	1'200	
Pos. 3	50 Mio. Franken	60 Jahre	3'000	
<b>Total</b>	<b>100 Mio. Franken</b>		<b>4'600</b>	<b>46 Jahre</b>

Eine Korrektur der anrechenbaren Kosten würde somit bei diesem Beispiel zum Tragen kommen, wenn die Konzessionsrestdauer ab der Inbetriebnahme der Anlage weniger als 46 Jahre beträgt. Bei einer Konzessionsrestdauer von z.B. 20 Jahren würde der Korrekturfaktor ohne Berücksichtigung des Zeitwerts 0.43 betragen (20 Jahre / 46 Jahre), was einer Reduktion von 57 % entspricht. Durch Berücksichtigung der Diskontierung ( $1.05^{20} = 2.65$ ) wird die abdiskontierte Reduktion von 57 % auf 21 % korrigiert. Somit wären im vorliegenden Beispiel lediglich 79 Mio. Franken von 100 Mio. Franken anrechenbar.

Liegt eine Restwertvereinbarung vor, die einen allfälligen Investitionsbeitrag angemessen berücksichtigt, so wird auf die Reduktion verzichtet.

Der Korrekturfaktor, der zum Zeitpunkt der Zusicherung dem Grundsatz nach bestimmt wird, wird auch bei der definitiven Festsetzung des Investitionsbeitrags angewendet.

Die allfällige Reduktion lässt sich mit Hilfe der Vorlage zur Auflistung der Investitionskosten berechnen ([LINK](#)). Zu diesem Zweck sind zusätzlich zu den Investitionskosten auch das Datum des Baubeginns sowie das Ablaufjahr der Konzession einzutragen. Zudem ist anzukreuzen, ob eine Restwertvereinbarung vorliegt oder nicht.

### 2.5.2 Wirtschaftlichkeitsrechnung (Art. 63 EnFV)

Für Vorhaben, bei denen eine allfällige Förderung offensichtlich zu einer Überrendite der Anlage führen würde, soll das BFE im Einzelfall eine Wirtschaftlichkeitsrechnung einfordern und nach Bedarf den Investitionsbeitrag anpassen können. In der Wirtschaftlichkeitsrechnung hat die gesuchstellende Person die ungedeckten Kosten ihres Projekts nachzuweisen. Die Berechnung hat sich nach den Vorgaben gemäss Anhang 4 Ziff. 2 EnFV zu richten. Ist der Investitionsbeitrag höher als die ungedeckten Kosten, wird der Investitionsbeitrag auf die Höhe der ungedeckten Kosten gekürzt. D.h. der Investitionsbeitrag kann höchstens 100 Prozent der ungedeckten Kosten ausmachen. Liegen keine ungedeckten Kosten vor, wird auch kein Investitionsbeitrag gewährt.

## 2.6 An wen muss ich mein Gesuch um Investitionsbeitrag senden?

Das Gesuch ist beim Bundesamt für Energie (BFE) einzureichen:

- elektronisch mittels [e-Formular](#) über eine zertifizierte elektronische Plattform
- oder in Papierform an: Bundesamt für Energie BFE, Wasserkraft, 3003 Bern

Die Gesuchsunterlagen sind auf der Website des BFE unter diesem [LINK](#) abrufbar.

Nur vollständige Gesuche werden berücksichtigt.



## **2.7 Wann kann ich einen Investitionsbeitrag beantragen?**

Das Gesuch kann erst gestellt werden, wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt oder, sofern für ein Projekt keine Baubewilligung erforderlich ist, die Baureife des Projekts nachgewiesen ist (Art. 53 Abs. 2 EnFV). Mit der Baubewilligung ist zwingend eine Rechtskraftbescheinigung der zuständigen Behörde einzureichen (Ausnahme: Nebennutzungsanlagen, sofern keine Einsprachen eingegangen sind). Sofern für das Projekt keine Baubewilligung erforderlich ist, ist eine entsprechende Bestätigung der zuständigen Behörde einzureichen.

Mit dem Bau der Wasserkraftanlage darf erst begonnen werden, wenn das BFE eine Zusicherung abgegeben hat, da ansonsten kein Investitionsbeitrag zugesprochen werden kann (vgl. Art. 28 EnG). In begründeten Fällen kann das BFE einen früheren Baubeginn bewilligen (siehe Ziff. 2.11).

## **2.8 In welcher Reihenfolge werden die Gesuche berücksichtigt?**

### **2.8.1 Grosswasserkraft**

Die Mittel für Investitionsbeiträge für Grosswasserkraftanlagen werden im Zweijahresrhythmus zugeteilt (Art. 51 Abs. 1 EnFV). Dabei werden jeweils sämtliche bis zu einem Stichtag eingereichten Gesuche zusammen nach den zu diesem Zeitpunkt geltenden Regeln beurteilt. Die Stichtage sind: 30. Juni 2026, 30. Juni 2028, 30. Juni 2030, 30. Juni 2032 und 30. Juni 2034 (Art. 51 Abs. 2 EnFV).

Sofern nicht alle bis zum Stichtag eingereichten Gesuche berücksichtigt werden können, werden Gesuche um Investitionsbeiträge für Neuanlagen und Erweiterungen vor Gesuchen für Erneuerungen berücksichtigt. Innerhalb der Gesuche um Investitionsbeiträge für Neuanlagen und Erweiterungen werden die Projekte zuerst berücksichtigt, die die grösste Mehrproduktion im Verhältnis zum Investitionsbeitrag aufweisen. Bei Projekten, die durch bauliche Massnahmen zur Speicherung einer zusätzlichen Menge Energie führen können, wird diese Energiemenge zur Mehrproduktion dazugerechnet (Art. 52 EnFV).

Nach dem Stichtag eingereichte Gesuche werden nur berücksichtigt, wenn die Mittel für diese zwei Jahre noch nicht ausgeschöpft sind (Art. 51 Abs. 3 EnFV).

Gesuche für Anlagen, die nicht berücksichtigt werden können, werden zurückgestellt und jeweils an den folgenden Stichtagen zusammen mit den neu hinzugekommenen Gesuchen erneut beurteilt.

### **2.8.2 Kleinwasserkraft**

Massgebend für die Berücksichtigung eines Projekts ist das Einreichdatum des Gesuchs (Art. 49 EnFV). Reichen die Mittel nicht für die sofortige Berücksichtigung aus, so werden beitragsberechtigte Projekte in eine Warteliste aufgenommen.

## **2.9 Ist mit dem Investitionsbeitrag bereits der ökologische Mehrwert meiner produzierten Elektrizität abgegolten?**

Nein. Der ökologische Mehrwert ist mit der Ausrichtung eines Investitionsbeitrags nicht abgegolten. Anders als beim Einspeisevergütungssystem kann der ökologische Mehrwert in Form von Herkunftsnachweisen (HKN) einem Energieversorgungsunternehmen verkauft, an der Strombörse vermarktet oder selber genutzt werden. Die HKN sind für die Berechnung des Investitionsbeitrags nicht relevant.

## **2.10 Meine Anlage erhält bereits die KEV oder die MKF. Kann ich trotzdem einen Investitionsbeitrag in Anspruch nehmen?**

Nein. Gemäss Art. 31 EnFV können Betreiber, solange sie für eine Anlage eine Mehrkostenfinanzierung (MKF) nach Art. 73 Abs. 4 EnG oder eine Einspeisevergütung erhalten, kein Investitionsbeitrag zugesprochen werden.



### **2.11 Kann ich mit den Bauarbeiten an meiner Anlage beginnen, bevor ich vom BFE eine Zusage für den Investitionsbeitrag erhalten habe?**

Nein. Um einen Investitionsbeitrag zu erhalten, darf erst nach der Zusicherung des Investitionsbeitrags durch das BFE mit den Bauarbeiten begonnen werden. Das BFE kann den früheren Baubeginn auf Gesuch hin bewilligen, wenn es mit schwerwiegenden Nachteilen verbunden wäre, die Zusicherung dem Grundsatz nach abzuwarten (vgl. Ziff. 2.7). Diese Bewilligung gibt jedoch keinen Anspruch auf einen allfälligen Investitionsbeitrag. Wer bereits vor Antragstellung oder vor Bewilligung des früheren Baubeginns mit den Bauarbeiten begonnen hat, verliert den Anspruch auf einen Investitionsbeitrag.

### **2.12 Meine Anlage ist bereits in Betrieb. Kann ich trotzdem von einem Investitionsbeitrag profitieren?**

Nein. Bestehende Wasserkraftanlagen können nur einen Investitionsbeitrag beantragen, wenn sie erheblich erweitert oder erneuert werden.

### **2.13 Wie werden allfällige Produktionsausfälle bewertet?**

Bei flexiblen Anlagen werden allfällige Produktionsausfälle von der Gesuchstellerin bei Vorhandensein einer Kraftwerkseinsatzoptimierungssoftware mit dieser bewertet. Dazu soll die stündliche Preisforwardkurve (HPFC) loco Schweiz des letzten Handelstages des Vormonats der Gesuchstellung und ein ausgewähltes Jahr mit mittleren Zuflüssen (Jahresmenge und monatliche Verteilung der Zuflüsse muss den mittleren Zuflüssen entsprechen) sowie die Anlagenverfügbarkeit mit und ohne Abststellungen aufgrund der Investition, verwendet werden.

Neben den monatlichen Kosten der Produktionsausfälle während der Bauphase sind dem Gesuch die folgenden Informationen beizulegen: die stündlichen Produktionsprofile mit und ohne Abststellungen, die monatliche Verteilung der Zuflüsse, die verwendeten monatlichen Durchschnittspreise und das Datum des Bewertungszeitpunktes. Die geplanten Einschränkungen sind zusätzlich tabellarisch darzustellen: Startdatum der Einschränkung, Enddatum der Einschränkung, verfügbare Leistung, nicht verfügbare Leistung sowie eine Beschreibung der Einschränkung.

Die Gesuchstellerin wird im Monat der Verfügung dem Grundsatz nach vom BFE aufgefordert die Bewertung der Produktionsausfälle mit der HPFC des letzten Handelstages des Vormonats zu aktualisieren und die entsprechenden Informationen einzureichen.

Bei Anlagen ohne Speichermöglichkeit oder wenn bei der Gesuchstellerin keine Kraftwerkseinsatzoptimierungssoftware vorhanden ist, werden die Produktionsausfälle auf einer monatlichen Basis bewertet. Dazu sind die monatlichen Produktionsausfälle zu bestimmen und tabellarisch darzustellen: durchschnittlich erwartete Produktion mit Abststellungen, durchschnittlich erwartete Produktion ohne Abststellungen, die Differenz der beiden Positionen entspricht dem monatlichen Produktionsverlust. Die finanzielle Bewertung erfolgt über die Terminpreise von Monats-, Quartals- und Jahresbandenergie gemäss EEX Swiss Power Futures. Der zu verwendende Terminpreis entspricht dem Mittelwert der Quotes des letzten ganzen Monats vor dem Zeitpunkt der Gesuchstellung. Mit dem Durchschnitt der stündlichen Preise gemäss EPEX SPOT CH (SWISSIX) der letzten 5 Jahre werden Monatsbandpreise berechnet. Aus diesen Monatspreisen wird ein Index (Verhältnis Monatsbandpreis zu Jahresbandpreis) ermittelt, mit welchem die Terminpreismittelwerte multipliziert werden. Mit den daraus resultierenden Monatspreisen werden die erwarteten monatlichen Produktionsausfälle bewertet.

Die geplanten Einschränkungen sind zusätzlich tabellarisch darzustellen: Startdatum der Einschränkung, Enddatum der Einschränkung, verfügbare Leistung, nicht verfügbare Leistung sowie eine Beschreibung der Einschränkung.

Die Aktualisierung der Preise im Monat vor der Verfügung dem Grundsatz nach wird vom BFE vorgenommen.



Die Umrechnung von Euro auf Schweizer Franken erfolgt mit dem durchschnittlichen Monatskurs zum Zeitpunkt der Bewertung ([vgl. Devisenkurse – Monat | Datenportal der SNB](#)).

Für die definitive Berechnung der Produktionsausfälle kommen die effektiven Strompreise EPEX SPOT CH (SWISSIX) und der monatliche mittlere Wechselkurs CHF/EUR zur Anwendung. Die Preise werden mit den effektiven Energieverlusten multipliziert. Die entsprechenden Angaben sind mit der Bauabschlussmeldung einzureichen.

#### **2.14 Wie können Eigenleistungen angerechnet werden?**

Gemäss Art. 61 Abs. 3 EnFV sind Eigenleistungen des Betreibers wie eigene Planungs- oder Bauleistungen nur anrechenbar, wenn sie üblich sind und mittels detailliertem Arbeitsrapport nachgewiesen werden können.

Als Eigenleistungen gelten sowohl Leistungen des Betreibers als auch Leistungen von Unternehmen (unter Berücksichtigung allfälliger Tochtergesellschaften), welche an der Anlage mindestens mit 10% direkt beteiligt sind, beispielsweise im Rahmen einer Aktiengesellschaft oder einer einfachen Gesellschaft.

Die Eigenleistungen dürfen nur zum Selbstkostenpreis, d.h. ohne Gewinnanteil angerechnet werden. Die Begründung dafür ist, dass die staatliche Förderung nicht darauf abzielt die betriebsinternen Leistungen gewinnbringend zu entschädigen, sondern die effektiven Massnahmen zu subventionieren. Im Beitragsgesuch sind eine Schätzung der zu leistenden Stunden und die Stundenansätze pro Mitarbeiterkategorie auszuweisen. Das BFE behält sich Kürzungen vor, insbesondere wenn die Stundensätze ein branchenübliches Mittel überschreiten.

#### **2.15 Sind die Kosten mit oder ohne Mehrwertsteuer anzugeben?**

Sämtliche Kosten sind ohne Mehrwertsteuer anzugeben.

#### **2.16 Welche Kosten können nicht angerechnet werden?**

Neben den Kosten, die nicht dem Art. 61 Abs. 1 EnFV entsprechen, sind Kosten, welche anderweitig vergütet werden, namentlich die Kosten für ökologische Sanierungsmassnahmen der Gewässer, nicht anrechenbar. Es sind dies die Massnahmen nach Art. 83a des Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991 (GSchG) und Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991 über die Fischerei (BGF).

#### **2.17 Was gilt bei Anlagen mit Umwälzbetrieb zu beachten?**

Gemäss Art. 26 Abs. 2 EnG kann für den Anteil einer Anlage, der dem Umwälzbetrieb dient, kein Investitionsbeitrag zugesprochen werden. Wasserkraftanlagen, welche ausschliesslich im Umwälzbetrieb produzieren, sind somit nicht beitragsberechtigt.

Mit der genannten Bestimmung wurde beabsichtigt, ausschliesslich die Energieproduktion aus natürlichen Zuflüssen (inkl. mit Zubringerpumpen zugeführtes Wasser) zu fördern. Wasserkraftanlagen, welche sowohl als Speicher- und/oder Laufkraftwerk mit natürlich zufließendem Wasser als auch als Pumpspeicherkraftwerk mit umgewälztem Wasser produzieren, können demnach nur für die Produktion aus natürlichen Zuflüssen einen Investitionsbeitrag beanspruchen.

Bei solchen Wasserkraftanlagen bleiben die auf den Umwälzbetrieb anfallenden Investitionskosten für die Berechnung von Investitionsbeiträgen unberücksichtigt. Generell nicht anrechenbar sind Kosten für Anlageteile, welche ausschliesslich dem Umwälzbetrieb dienen (z.B. Umwälzpumpen). Für Anlageteile, die sowohl für die Produktion aus natürlichen Zuflüssen als auch aus umgewälztem Wasser genutzt werden (z.B. Speicher, Druckleitungen, Turbinen, Zentrale), werden die damit verbundenen Kosten anteilmässig berücksichtigt.



Die Aufteilung ist projektspezifisch vom Gesuchsteller vorzunehmen. Bei gemeinsamer Nutzung der Turbine, ist nur die Leistung für die Verarbeitung der natürlichen Zuflüsse ( $T_z$ ) anzugeben und zu begründen. Das BFE geht dabei davon aus, dass reine Umwälzwerke in der Regel ein symmetrisches Verhältnis von Pumpen- zu Turbinenleistung haben. Für anteilmässig anrechenbare Kosten ist daher i.d.R. das Verhältnis  $T_z/P_u$  anzuwenden ( $P_u$  entspricht der Leistung der Umwälzpumpe). Abweichungen von diesem Vorgehen sind zu begründen. Das BFE plausibilisiert anschliessend die Darstellungen. Im begründeten Einzelfall kann ein anderes sachgerechtes Verhältnis angewandt werden, wobei die Gründe für die die Anwendung dieses Verhältnisses darzulegen und zu belegen sind.

Um unnötigen Aufwand zu vermeiden, können Fragen in Zusammenhang mit Pump- oder Umwälzbetrieb (Definitionen, Aufteilung, Dokumentation usw.) mit dem BFE vor der Einreichung des Gesuchs geklärt werden.

### **2.18 Was ist unter Eigenverbrauch zu verstehen?**

Unter Eigenverbrauch wird der Verbrauch des Stroms am Ort der Produktion (oder die Speicherung und der spätere Verbrauch am Ort der Produktion) verstanden. Beispielsweise ist dies bei einem Wasserkraftwerk, das im Zusammenhang mit einer Beschneiungsanlage betrieben wird, der Teil der produzierten Elektrizität, die direkt für die Beschneigung verbraucht und somit nicht ins öffentliche Netz eingespeist wird. Auch ein Gewerbebetrieb, welcher auf seinem Gelände ein Wasserkraftwerk betreibt und den produzierten Strom direkt verbraucht, verwendet einen Teil oder die ganze Produktion für Eigenverbrauch.

Der Anteil Eigenverbrauch an der Nettoproduktion ist im Gesuchsformular anzugeben. Er hat einen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit einer Anlage (siehe 2.5.2).

## **3. Weitere Fragen**

Das BFE beantwortet gerne Ihre Fragen. Diese sind zu richten an:

Bundesamt für Energie BFE, Wasserkraft, 3003 Bern  
[Wasserkraftfoerderung@bfe.admin.ch](mailto:Wasserkraftfoerderung@bfe.admin.ch)